

## BRD und DDR und die deutsche Wiederbewaffnung

Als im Mai 1945 nach dem schlimmsten aller bisherigen Kriege, dem Zweiten Weltkrieg, in Europa die Waffen schwiegen, als Deutschland weitgehend in Trümmern lag, Millionen Tote und Verstümmelte zu beklagen hatte, als der Fortbestand der deutschen Nation ungewiss war, herrschte bei den meisten Deutschen – auch bei den Politikern – die Auffassung vor: Nie wieder Krieg! Nie wieder soll es deutsche Soldaten geben!

In dem am 2. August 1945 beschlossenen Potsdamer Abkommen waren u. a. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Auflösung aller faschistischen Streitkräfte und Organisationen, das Verbot jeder militaristischen Betätigung und Propaganda festgelegt worden und die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln galt als verboten.

Doch bereits vor der Potsdamer Konferenz der Siegermächte zeigten sich erste Risse in der Anti-Hitler-Koalition. Am 12. Mai 1945 telegraphierte der britische Regierungschef Churchill an USA-Präsident Truman, dass ihn das Vorgehen der Sowjetunion in Ost-, Südost- und Mitteleuropa „zutiefst beunruhigt“. Und weiter: *“Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, dass der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck-Triest-Korfu schon binnen kurzem völlig in ihrer Hand sein wird“* Der amtierende US-Außenminister Grew formulierte am 19. Mai 1945 in einem Memorandum, das Ergebnis des Krieges werde *„lediglich die Übertragung von totalitärer Diktatur und Macht von Deutschland und Japan auf Sowjetrußland sein, das in der Zukunft eine ebenso große Gefahr für uns sein wird, wie die Achsenmächte (Deutschland und Italien) es waren.“*

Die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima am 6. und auf Nagasaki am 9. August 1945 stellten bereits Vorboten des Kalten Krieges dar, zwangen sie doch – angesichts der hartnäckigen Weigerung der US-Regierung, einem Verbot dieser Waffen zuzustimmen – die Sowjetunion zum von dort ausgehenden Wettrüsten, um künftig nicht erpressbar zu werden.

Die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges war dessen Entfesselung durch den deutschen Imperialismus geschuldet. Die doppelte deutsche Staatsgründung gehörte zu den nachhaltigsten Produkten des Kalten Krieges Ende der 1940er Jahre: 1. das Inkraftsetzen des am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. September 1949, 2. die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 auf der Basis der Volkskongress-Verfassung.

Eine qualitativ neue Phase des Kalten Krieges war zuvor bereits durch die Unterzeichnung des Gründungsdocuments des Nordatlantikpaktes (NATO) in Washington am 4. April 1949 eingeleitet worden. Bald darauf setzte in Westdeutschland die Debatte um eine deutsche Wiederbewaffnung, um die Aufstellung westdeutscher Truppenkontingente für eine mögliche militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten ein – trotz einer breiten Volksbewegung gegen eine Remilitarisierung. Angeheizt wurden diese Bestrebungen durch den im Juni 1950 ausgebrochenen Koreakrieg.

Vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 fand in Berlin eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA statt, in deren Mittelpunkt die Deutschlandfrage und die europäische Sicherheit standen.

Die UdSSR schlug die Bildung einer provisorischen Regierung, mit der die Siegermächte den Friedensvertrag mit Deutschland abschließen und dem danach die Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen folgt. Die westliche Seite legte den nach dem britischen Außenminister benannten Eden-Plan vor. Dieser beinhaltete, zunächst freie Wahlen durchzuführen, denen die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Abschluss eines Friedensvertrages folgen sollten. Damit lagen prinzipiell unterschiedliche Pläne zur weiteren Nachkriegsgestaltung Deutschlands vor.

Angesichts dessen, dass die BRD durch den am 19. März 1953 durch den Bundestag ratifizierten Generalvertrag längst in das westliche Bündnis eingegliedert worden war und somit die Weichen für die beabsichtigte Aufnahme in den NATO gestellt waren, endete die Berliner Außenministerkonferenz ergebnislos und blieb vorerst die letzte Zusammenkunft dieser Art.

Um verfassungsrechtlich die weitere Eingliederung in die BRD in das westliche Bündnissystem abzusichern, erfolgte am 26. Februar 1954 eine Änderung des Grundgesetzes. Gegen die Stimmen der SPD wurde der Artikel 12 a (Militärische und zivile Dienstpflichten) in das Grundgesetz aufgenommen, der den Aufbau von militärischen Streitkräften und die Einführung der Wehrpflicht für Männer ab dem 18. Lebensjahr ermöglichte. Bald darauf begann der Aufbau von militärischen Truppeneinheiten. Es folgten am 5. Mai 1955 die Eingliederung der BRD in die NATO und am 6. März 1956 der Bundestagsbeschluss zum Soldatengesetz, mit dem die Bezeichnung Bundeswehr eingeführt wurde. Bereits am 2. Januar 1956 traten die ersten Bundeswehreinheiten ihren Dienst an und ab 21. Juli 1956 galt in der Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht. Das alles geschah trotz der Proteste und vielfältiger Aktionen von Millionen Menschen in ganz Deutschland gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik.

Eine maßgebende Rolle beim Aufbau der Bundeswehr spielten einige Generäle und hohe Offiziere der Wehrmacht. Wiederbewaffnung, Kalter Krieg und Ehrenerklärungen Eisenhowers und Adenauers bestimmten den Umgang mit

den Verbrechen der Wehrmacht – bis hinein in die 1970er Jahre. Generäle wie Speidel und Heusinger dienten sich zunächst bei den Amerikanern an und bauten dann die Bundeswehr auf.

Wieder wurde deutlich: Auch auf dem Gebiet der Militärpolitik haben die Westmächte und die BRD agiert. Als Vorreiter schufen sie knallharte Tatsachen und zwangen die andere Seite, darauf zu reagieren. Am 18. Januar 1956 beschloss die Volkskammer der DDR die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA) auf der Basis der Freiwilligkeit. An deren Aufbau nahmen einige einstige Generäle und Offiziere der Wehrmacht als Berater teil, die in dem auf sowjetischem Boden gegründeten Nationalkomitee „Freies Deutschland“ mitgewirkt hatten, außerdem auch Generalfeldmarschall Paulus als Berater für die Militärhochschule „Friedrich Engels“. Die allgemeine Wehrpflicht wurde in der DDR erst am 24. Januar 1962 eingeführt.

Es waren vorrangig die Westmächte und in ihrem Gefolge die BRD, deren Grundkonzept auf den Kalten Krieg gerichtet war und für den die Menschheit einen hohen Preis zu zahlen hatte: die Gefahr des Umschlagens in einen dritten Weltkrieg und des Untergehens in einem atomaren Inferno, die immensen Belastungen durch die Kosten des Wetrüstens einschließlich seiner ökologischen Auswirkungen.

Im Zuge der staatlichen Wiedervereinigung durch die Angliederung der DDR an die BRD wurde die NVA aufgelöst und dabei wie eine gegnerische Armee behandelt, obwohl sie an keinen Kampfeinsätzen beteiligt gewesen war. Ihre Kader wurden ähnlich entsorgt wie Waffen, Fahrzeuge und andere Militärgüter. Letzteres wurde an Drittländer verkauft, teilweise auch in Spannungsgebieten.

Während man in den neunziger Jahren immer wieder behauptete, die DDR-Führung hätte 1968 nicht gezögert, mit Einheiten der NVA dem „Prager Frühling“ Einhalt zu gebieten, zögerte die Regierung der BRD nicht, sich aktiv an der Destabilisierung Jugoslawiens zu beteiligen, indem sehr zeitig Slowenien und Kroatien als eigenständige Staaten anerkannt wurden. Später beteiligten sich deutsche Flugzeuge an der Bombardierung Serbiens und man betrieb intensiv die Loslösung des Kosovo von Serbien.

Die Vorschläge Russlands für eine Neutralisierung Deutschlands bei der Wiedervereinigung des Landes wurden abgeschmettert. Vielmehr beteiligte sich die BRD direkt oder indirekt an den meisten der 23 von der NATO von 1991 bis 2007 durchgeführten Militäroperationen außerhalb ihres Vertragsgebietes

Was die Bundeswehr gegenwärtig angeht, so dient sie offenkundig wesentlich dazu, durch Auslandseinsätze auf verschiedenen Kontinenten den herrschenden Kreisen die Möglichkeit zu geben, im Interesse des Finanzkapitals den Fuß mit in die Tür zu setzen, wo es um geostrategische Interessen und Bodenschätze geht. Deshalb unser „Nein“ zu allen Kriegseinsätzen.